



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Harald Güller, Klaus Adelt, Michael Busch, Florian Ritter, Inge Aures SPD**

Der Wirtschaftsstandort Bayern muss auch auf einen harten Brexit vorbereitet sein!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Wirtschaftsstandort Bayern auch auf die Möglichkeit eines harten Brexits vorzubereiten, um, falls erforderlich, ab dem 1. Januar 2021 entsprechend und unmittelbar handlungsfähig zu sein.

Dafür soll die Staatsregierung,

- umgehend gemeinsam mit den anderen Ländern und dem Bund abgestimmte Strategien und Maßnahmen entwickeln, um die negativen Auswirkungen eines harten Brexits auf Deutschland und auch auf den Freistaat Bayern zu minimieren bzw. so weit wie möglich zu verhindern,
- in Bayern zusammen mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern und weiteren Verbänden ein gemeinsames Vorgehen und Instrumente vorbereiten, um bayerische Arbeitsplätze und bayerische Unternehmen zu schützen,
- in ihre unmittelbaren politischen Vorhaben sowie in ihre aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Planungen nicht nur die Folgen der Corona-Krise, sondern auch die möglichen Folgen eines harten Brexits umfassend einzubeziehen. Das gilt beispielsweise für den gerade vorgelegten Fünf-Punkte-Plan für die bayerische Industrie, für die High-Tech-Initiative und für andere Zukunftsinvestitionen, aber auch für die fiskalischen Planungen, den kommenden Staatshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung.

Begründung:

Mit einem Binnenmarktgesetz will der britische Premierminister den gültigen Austrittsvertrag mit der EU aushebeln. Die britische Regierung hat mittlerweile zugegeben, dass sie mit ihrem Schritt bewusst internationales Recht brechen wolle. Der britische Premierminister rechtfertigt diesen geplanten Rechtsbruch als Verhandlungstaktik. Dieses provozierende und unverantwortliche Vorgehen macht jedenfalls einen harten Brexit nicht unwahrscheinlicher, im Gegenteil, ein Brexit ohne Abkommen könnte tatsächlich ab 1. Januar 2021 Realität werden.

Großbritannien ist gegenwärtig ein bedeutender ökonomischer Partner Bayerns und war im Jahr 2019 mit einem Handelsvolumen von 18,4 Mrd. Euro der achtwichtigste Handelspartner. Etwa 125 000 Arbeitsplätze in Bayern hängen am Handel mit dem Vereinigten Königreich, bayerische Unternehmen haben dort bis heute Produktions- und Betriebsanlagen im Wert von rund 20 Mrd. Euro aufgebaut. Es gibt ca. 500 Niederlassungen bayerischer Firmen, die nahezu 60 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter be-

schäftigen und jährlich 36 Mrd. Euro umsetzen. Umgekehrt unterhalten britische Unternehmen in Bayern 220 Niederlassungen und beschäftigen rund 34 000 Mitarbeiter, die jedes Jahr einen Umsatz von etwa 20 Mrd. Euro erzielen.

Die Informationszentrale der bayerischen Wirtschaft gab Anfang August 2020 folgende Zahlen einer Umfrage unter den Mitgliedern der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie bekannt, die ebenfalls den Handlungsbedarf deutlich machen: Im Falle eines harten Brexits erwarten knapp 37 Prozent der Unternehmen einen Umsatzrückgang. Fast 20 Prozent rechnen mit einer Verteuerung von Vorprodukten und mehr als 15 Prozent befürchten eine allgemeine Erhöhung der Marktpreise. Weitere 17 Prozent gehen davon aus, dass beim Ausscheiden des Vereinigten Königreichs ohne Abkommen ihre Lieferketten auseinanderbrechen.

Bayern übertrifft mit einem Bruttoinlandsprodukt von 633 Mrd. Euro (Stand 2019) 22 der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Es muss verhindert werden, dass der Freistaat in drei Monaten am 1. Januar 2021 völlig unvorbereitet in einen harten Brexit stolpert. Deshalb ist die Staatsregierung dringend aufgefordert, die Vorbereitung auf einen harten Brexit als eine zentrale Aufgabe ihrer Politik zu erkennen, entsprechend zu handeln und auch dem Landtag umfassend Bericht zu erstatten.